

(A) **Ilse Aigner**, Bundesministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Herzlichen Dank. – Auch in Zukunft wird es wie in der Vergangenheit nicht ohne Landwirtschaft gehen. Dies ist schon allein deshalb der Fall, weil die Produktion von Lebensmitteln die Grundlage des Lebens betrifft; da brauchen wir uns nichts vorzumachen. In Deutschland haben wir ein sehr hohes Niveau erreicht – auch dies muss man immer wieder hervorheben –, das weltweit anerkannt ist.

Die Landwirtschaft wird auch in der Zukunft einer der zentralen Wirtschaftszweige in Deutschland sein. Ich finde, ein Wirtschaftsbereich, auf den 6,5 Prozent der Wertschöpfung eines Landes entfallen, ist kein ganz so kleiner Wirtschaftsbereich.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Das wird vielleicht vielfach nicht sofort erkannt; aber auch dies muss man immer wieder betonen. Da jeder achte Arbeitsplatz in Deutschland in diesem Bereich zu finden ist, handelt es sich um einen ganz entscheidenden Wirtschafts- und Arbeitsplatzfaktor, dessen Schwerpunkt in den ländlichen Räumen liegt. Angesichts der demografischen Entwicklung und der Probleme, die es in den ländlichen Räumen gibt, wäre die Lage in vielen Bereichen ohne die Landwirtschaft noch etwas schwieriger, wenn ich das einmal so formulieren darf.

(B) Zu Ihrer zweiten Frage, in der es um das Potenzial von Biomasse geht. Ich möchte mich an dieser Stelle auf die Biogasproduktion konzentrieren. Ich habe schon erwähnt: Mir geht es darum, dass wir ein Stück weit in Richtung Reststoffverwertung umsteuern, um mehr Gülle, aber auch Grünschnitt, Kompost und was sonst noch an Reststoffen da ist, zu verwerten. Vor diesem Hintergrund ist die Ausgestaltung der Boni in der Zukunft eine entscheidende Frage.

Ich glaube, wir müssen mehr als bisher deutlich machen, warum Biogas eine sehr wichtige Rolle spielt. Gas ist ein speicherfähiges Medium. Man kann es zur Verstärkung verwenden und dann den Strom ins Netz einspeisen, wenn Wind und Sonne als Energiequelle nicht vorhanden sind. Mit Biogas kann man andere Energieträger ersetzen, oder man kann es in Spitzenlastzeiten, wenn viel Strom gebraucht wird, zusätzlich nutzen. Man kann es aber auch aufarbeiten, ins Erdgasnetz einspeisen und im Rahmen der Gasversorgung als grundlastfähigen Energieträger verwenden.

Für uns ist entscheidend, dass auch die Wirtschaftlichkeit gegeben ist. Wir wollen mehr Reststoffe als bisher verwerten, und zwar dezentral, damit die Fahrtwege kürzer sind. Ich glaube, dies ist eine große Chance für die ländlichen Räume; denn die Wertschöpfung bleibt in den ländlichen Räumen.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Herr Kollege Kelber, bitte.

(Dr. Erik Schweickert [FDP]: Oh! Der Kollege Kelber hat eine Frage! – Friedrich Ostendorff

[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ruhig Blut, Herr Kelber!)

(C)

Ulrich Kelber (SPD):

Frau Ministerin, vielen Dank für Ihre Ausführungen. Ich finde es ausgesprochen positiv, dass Sie noch am gleichen Tag, an dem sich das Kabinett mit dem Agrarpolitischen Bericht befasst hat, ihn hier vorstellen. Im Fachausschuss werden wir Sie, nachdem wir die Gelegenheit hatten, die 84 Seiten zu lesen, noch löffeln.

Beim Durchblättern des Exemplars, das der Kollege Priesmeier aufgetrieben hat, haben sich für mich Fragen in Bezug auf den häufig verwendeten Begriff der Nachhaltigkeit ergeben. Es geht dabei um zwei Aspekte.

Erstens. Auf Seite 35 gehen Sie darauf ein, dass die Europäische Union den Mitgliedstaaten im Bereich der Grünen Gentechnik in Zukunft mehr Kompetenzen zuweisen will, und schreiben dann, dass Sie das nutzen wollen, indem Sie auf Abstandsregelungen im Rahmen der Verhältnismäßigkeit und innerhalb eines bundeseinheitlichen Rahmens setzen. Werden Sie also von dem von Ihnen und Ihrer Fraktion früher angekündigten Anbauverbot auf nationaler oder regionaler Ebene abweichen?

Zweitens habe ich eine Frage zum Thema Nachhaltigkeit und Wald. Auf Seite 42 ist von „nachhaltiger Waldbewirtschaftung“ die Rede. Sind Sie bereit, diesen Fachbegriff in das Waldgesetz aufzunehmen?

(D) Auf Seite 74 schreiben Sie, dass nach den Daten des Jahres 2008 derzeit im deutschen Wald 10 Prozent Holz pro Jahr mehr zuwächst, als geerntet wird. Mehrere Experten gehen davon aus, dass ein solcher Zuwachs im Jahr 2011 wegen der verstärkten Nutzung nicht mehr existiert. Sind Ihnen diese Fakten bekannt? Teilen Sie diese Auffassung? Was können wir tun, wenn sich in den nächsten Jahren das Verhältnis umkehren sollte?

Ilse Aigner, Bundesministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Zu Ihrer ersten Frage kann ich feststellen: Was die Abstandsregelungen betrifft, setze ich exakt den Koalitionsvertrag um, der auch von meiner Fraktion, der CSU, unterschrieben worden ist und der insofern auch unsere Position widerspiegelt. Das Vorhaben ist derzeit in der Ressortabstimmung. Regelungen werden demnächst vorgelegt.

Zu der Frage nach der nachhaltigen Waldbewirtschaftung sei der Hinweis erlaubt, dass der Nachhaltigkeitsbegriff in der Waldwirtschaft geboren wurde. Insofern habe ich kein Problem, ihn in das Waldgesetz mit aufzunehmen. Nachhaltige Waldbewirtschaftung ist eine Selbstverständlichkeit. Dies bedeutet im Grunde genommen, dass man nur so viel Holz einschlagen darf, wie nachwächst oder nachgepflanzt wird. Das ist eine relativ einfache Regelung, um der Nachwelt den Wald zu erhalten.

Das, was Sie angesprochen haben, ist mir nicht bekannt. Ich kenne die derzeitigen Zuwachsraten: Der Zuwachs ist um 10 Prozent höher als die Nutzung. Deshalb ist es, glaube ich, richtig, sich für eine nachhaltige Wald-

Bundesministerin Ilse Aigner

- (A) bewirtschaftung einzusetzen. Ich habe darauf hingewiesen, dass der Anteil der Biomasse als Träger erneuerbarer Energien etwa zwei Drittel beträgt. Dazu leistet die Waldwirtschaft einen wesentlichen Beitrag.

Mir geht es aber auch um eine verstärkte Kaskadennutzung, das heißt zuerst die stoffliche Verwertung und dann die energetische Verwertung. Ein hervorragendes Beispiel ist der Neubau der Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe in Gülzow, den ich gestern anlässlich seiner Einweihung besucht habe. Das Gebäude, das neuen Raum für 30 Mitarbeiter schafft, besteht zu 100 Prozent aus nachwachsenden Rohstoffen, vom Ziegenfellteppich bis zur Lehmschicht. Das Raumklima ist hervorragend. Ich kann den Kollegen einen Besuch nur ans Herz legen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Hans-Michael Goldmann [FDP]: Morgen bin ich da!)

Das ist ein Musterbeispiel dafür, wie man mit nachwachsenden Rohstoffen eine hervorragende Bauqualität erreichen kann.

Es sollte also zuerst die stoffliche und dann die energetische Nutzung erfolgen. Dazu brauchen wir eine nachhaltige Waldbewirtschaftung.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Es gibt zwar noch einige Wortmeldungen. Sie können aber nicht mehr berücksichtigt werden, weil wir bedauerlicherweise am Ende der Regierungsbefragung sind.

- (B) Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 2:

Fragestunde

– Drucksache 17/5733 –

Wir beginnen mit dem Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Zur Beantwortung steht der Parlamentarische Staatssekretär Hermann Kues zur Verfügung.

Ich rufe Frage 1 der Kollegin Caren Marks auf:

Wie viele Personen, die zuvor nicht erwerbstätig gewesen sind, erhalten über zwölf Monate das Mindestelterngeld (bitte um Aufschlüsselung nach Hausfrauen und -männern, Studentinnen und Studenten), und wie viele Personen erhalten Elterngeld neben einer Teilzeitberufstätigkeit (bitte aufschlüsseln für das Jahr 2010 und das erste Quartal 2011)?

Herr Staatssekretär, bitte.

Dr. Hermann Kues, Parl. Staatssekretär bei der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend:

In der Frage wird eine sehr differenzierte Aufschlüsselung nach Hausfrauen, Hausmännern sowie Studentinnen und Studenten erbeten. Dazu liegen uns keine Daten und Informationen vor. Auf eine allgemeine Frage könnten wir ausführlicher antworten.

2010 haben laut Statistik zum Elterngeld – es handelt sich um die gemeldeten beendeten Leistungsbezüge – rund 284 000 Frauen und rund 34 000 Männer das Mindestelterngeld bezogen. Rund 262 000 Frauen und rund

26 000 Männer, die Elterngeld bezogen haben, waren vor der Geburt der Kinder nicht erwerbstätig. Wie gesagt, zu den einzelnen Gruppen, nach denen in Ihrer Frage differenziert wird, liegen uns keine Daten vor. (C)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Frau Marks, Sie haben eine Nachfrage. Bitte schön.

Caren Marks (SPD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Herr Staatssekretär, vielen Dank für die Antwort. Sie haben eben mitgeteilt, dass es Ihnen nicht möglich ist – weil die Daten nicht vorliegen –, das Ganze, so wie es in meiner Frage formuliert ist, aufzuschlüsseln. Meine Nachfrage lautet: Wird seitens der Bundesregierung beabsichtigt, diese Daten zu erheben – dann könnte ich gegebenenfalls in einigen Wochen eine entsprechende Antwort bekommen –, und wenn nein, warum nicht?

Dr. Hermann Kues, Parl. Staatssekretär bei der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend:

Wir haben eine detaillierte Evaluierung beim Elterngeld vorgenommen. Im Jahre 2009 ist die letzte erfolgt. Wir werden natürlich eine weitere Evaluierung vornehmen. Ich glaube, 2011 ist die nächste vorgesehen. Mir ist aber nicht bekannt, ob auch nach dem gefragt wird, was Sie wissen wollen; meines Wissens ist das nicht der Fall. Aber das ist sicherlich bedenkenswert. Dazu wäre eine etwas umfangreichere Expertise notwendig, um dazu eine Aussage treffen zu können. (D)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Frau Marks, haben Sie eine zweite Nachfrage? – Das ist nicht der Fall. Dann hat jetzt Herr Wunderlich das Fragerecht.

Jörn Wunderlich (DIE LINKE):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Herr Staatssekretär, Sie sagen, dass keine Erkenntnisse vorliegen. Die Antwort auf die Frage von Frau Marks lautet: Elterngeld bekommt jeder, der es beantragt hat. Die entscheidende Frage lautet aber: Was bekommt man tatsächlich ins Portemonnaie?

Als wir damals die Bundesregierung danach gefragt haben, lagen keine Erkenntnisse zu Hartz-IV-Beziehern vor. Jetzt frage ich erneut: Haben Sie inzwischen Erkenntnisse darüber, wie viele Hartz-IV-Empfängerinnen und Hartz-IV-Empfänger betroffen sind? Das heißt, ich möchte die Anzahl der betroffenen Hartz-IV-Haushalte sowie die Höhe der Kürzungen wissen. Weiterhin frage ich Sie in diesem Zusammenhang: Liegen der Regierung inzwischen Erkenntnisse über die Rückforderungen der Jobcenter vor, und wie wird mit denjenigen Hartz-IV-Empfängern verfahren, die aufgrund ihrer finanziellen Situation nicht in der Lage sind, die Gelder zurückzahlen?